



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Sprecher für den Atomausstieg der
Fraktion DIE LINKE.

Hubertus Zdebel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn Bundesminister
Peter Altmaier
Bundesministerium
für Wirtschaft und Energie
11019 Berlin

E-Mail: poststelle@bmwi.bund.de

Berlin, 12.05.2021

Bezug:
Anlagen:

Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.806
Telefon: +49 30 227-74332
Fax: +49 30 227-76332
hubertus.zdebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro Münster:

Achtermannstr. 19
48143 Münster
Telefon: +49 251 4909246
Fax: +49 251 4909352

Bürgerbüro Mülheim:

Dickswall 14
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: +49 208 30594510
Fax: +49 208 30594512

Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (18. AtGÄndG) - Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton

Sehr geehrter Herr Minister,

aktuell befasst sich der Deutsche Bundestag mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (18. AtGÄndG) (Bundestagsdrucksache 19/28682) und der damit in Verbindung stehenden Unterrichtung der Bundesregierung "Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Zahlung eines finanziellen Ausgleichs aufgrund des beschleunigten Atomausstiegs" (Bundestagsdrucksache 19/29015).

Im Gesetzentwurf sind Ausgleichszahlungen in Höhe von 2, 428 313 302 Milliarden Euro an verschiedene Energieversorgungsunternehmen für entwertete Investitionen in die Laufzeitverlängerung und unverwertbare Elektrizitätsmengen aufgrund des beschleunigten Atomausstiegs vorgesehen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird Bezug genommen auf eine Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton, die nach Mitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegeben wurde.

So heißt es im Gesetzentwurf: „Im Hinblick auf die finanziellen Grundlagen der vorgesehenen Ausgleichsleistungen liegt der Bundesregierung eine Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton



vor. Danach wurden die konzeptionelle Grundlage und die rechnerische Ableitung des Ausgleichsbetrages von 33,22 Euro je Megawattstunde nachvollzogen. Die Stellungnahme kommt zu der abschließenden Gesamtwürdigung, dass die Ableitung des Betrages einem objektivierenden und in sich konsistenten Bewertungskonzept folgt, die Werttreiber nachvollziehbar abgeleitet und plausibel sind und die Berechnung rechnerisch nachvollziehbar ist und zu einem für den Bewertungszweck angemessenen Ergebnis führt.“ (S. 19)

Um die finanziellen Grundlagen der vorgesehenen Ausgleichsleistungen plausibel nachvollziehen zu können, ist es aus meiner Sicht unumgänglich, diese Stellungnahme den Mitgliedern des Deutschen Bundestags zur Verfügung zu stellen.

Über eine kurzzeitige, positive Mitteilung Ihrerseits zu diesem Anliegen würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script that reads "Hubertus Zdebel". The signature is written in black ink and is positioned above the printed name.

Hubertus Zdebel